

Antrag

der Fraktion der SPD

Lage in Chile

Am 11. September 1973 sind die chilenischen Streitkräfte durch einen blutigen Putsch an die Macht gekommen. Der demokratisch gewählte Präsident Chiles, Salvador Allende Gossens, und Tausende seiner Anhänger wurden ermordet. Während der folgenden Jahre sind Hunderttausende von Chilenen willkürlich verhaftet, gefoltert, aus dem Lande ausgewiesen, in entlegene Orte Chiles verbannt und von den Sicherheitskräften ermordet worden. Das Schicksal der zahlreichen politischen Gefangenen, die in den Händen der damaligen Geheimpolizei, DINA, spurlos verschwanden, ist bisher nicht aufgeklärt worden.

Elf Jahre später hält sich der Militärdiktator General Augusto Pinochet Ugarte immer noch durch dieselben Methoden an der Macht. Die demokratischen Einrichtungen Chiles sind völlig zerstört worden, die politischen Parteien sind unterdrückt, es gibt kein Parlament. Den Gewerkschaften sind durch Gesetze, Unterdrückung und die Wirtschaftspolitik des Regimes alle Möglichkeiten einer effektiven Verteidigung der Arbeitnehmer entzogen worden. Die Universitäten befinden sich immer noch unter Militärkontrolle. Nach Artikel 24 der vorläufigen Verfassung darf der Innenminister Personen verhaften, verbannen und aus dem Lande ausweisen ohne jedes Gerichtsverfahren. Das am 15. Mai 1984 erlassene „Antiterroristen-Gesetz“ erlaubt der Geheimpolizei CNI, Personen bis zu zehn Tage festzuhalten, bevor sie vor Gericht gestellt werden müssen. Nach wie vor gibt es zahlreiche Berichte über Folterungen. Kriegsgerichte, in denen die Richter Militärs ohne juristische Ausbildung sind, werden in Zeiten des Friedens berufen. Seit der ersten massiven Protestaktion gegen die Regierung vom 11. Mai 1983 sind während Demonstrationen über einhundert Personen von den Sicherheitskräften getötet worden. Während der neuesten Protesttage vom 4. und 5. September 1984 erschoss die Polizei zehn Menschen. Die Wirtschaftspolitik des Militärregimes hat zur Verarmung der Mehrheit der Bevölkerung geführt. Die Arbeitslosenquote liegt bei 30 Prozent, die industrielle Produktion ist seit 1973 um 20 Prozent gesunken, 800 000 Familien sind obdachlos, unter den Armen des Landes ist der Hunger weit verbreitet.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag verurteilt die Verletzung der Menschenrechte, der zivilen und politischen Rechte des chilenischen Volkes. Er unterstützt die demokratischen Kräfte Chiles, die mit Mut und Entschlossenheit ohne Gewalt für die Demokratie in ihrem Lande kämpfen.

Er fordert die Bundesregierung auf,

- alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Chile beizutragen,
- dem Militärregime in Chile keinerlei politische, moralische oder finanzielle Unterstützung zu leisten,
- keine Entwicklungshilfe an die chilenischen staatlichen Institutionen zu geben,
- keine wirtschaftliche oder finanzielle Unterstützung für das Regime oder für staatliche Gesellschaften in Chile zu leisten,
- keine kulturellen Verbindungen mit staatlich geförderten Institutionen zu knüpfen.

Der Deutsche Bundestag fordert, daß

- die Geheimpolizei aufgelöst wird,
- Folter und willkürliche Verhaftungen beendet werden,
- das Recht aller Chilenen, in ihrer Heimat zu leben, anerkannt wird,
- in ihre Heimat zurückgekehrte Chilenen nicht verfolgt und ihnen keine Scheinprozesse gemacht werden,
- das Schicksal der verschwundenen politischen Gefangenen aufgeklärt wird,
- die Kriegsgerichte abgeschafft werden,
- die Freiheit der Universitäten wieder anerkannt wird,
- die bis September 1973 geltenden Rechte der Gewerkschaften und Berufsverbände wieder anerkannt werden,
- die politischen Parteien wieder erlaubt werden,
- freie Wahlen in Chile abgehalten werden.

Ein demokratisches Chile kann mit der freundschaftlichen Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland rechnen.

Bonn, den 12. September 1984

Dr. Vogel und Fraktion